

50X1-HUM

Page Denied



SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 4. Juni 1949

SED protestiert gegen den Antikommunistenprozess in New York

Nachrichten

Das deutsche Volk verlangt gehört zu werden

Massenprotest fordert Empfang der Volkskongress-Delegation

Unsere Antwort: Schaffung der Nationalen Front

Appell an das Nationalbewusstsein der Wissenschaftler

Gibt Max Reimann frei!

Deutsche und polnische Jugend Hand in Hand

Jugendaktiv entdeckt neue Motoren

Jede Schleiferin eine Aktivistin

Von Entlassung bedroht

Kurzarbeit hilft nicht mehr

"Eugen Levine"

Verantwortungsbewusste Arbeit - internationale Anerkennung

Saargebiet - Bestandteil des westeuropäischen Krisengebietes

Erklärung des Landesvorstandes der KPD

Pressestimmen

Schumacher und das Gestaponeist im SPD-Vorstand

Kommentare

Gerhart Eisler vor der Berliner Presse

Das Wirtschaftschaos in Westdeutschland

Neue Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung

Das demagogische Spiel der UGO

Freiheit für Max Reimann

Artikeldienst

"Die Waage mit ungeeichten Gewichten" (von Heinz Verleih)

Stimmen des Auslandes

Handel der Marshall-Länder wird zerstört

Der Streik der kanadischen Seeleute

Dorf bei Wladiwostok

Zur Information

Der Parteitag der KP der Tschechoslowakei an Stalin

Aufbau in Vietnam

Zum politischen Bildungsabend

Festigung der demokratischen Ordnung (von Kurt Hager)

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949

SED protestiert gegen den Antikommunistenprozess in New York

B e r l i n (PD)

Die Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, richteten am Freitag folgendes Schreiben an das Bezirksgericht des Süddistrikts von New York:

"Die deutsche demokratische Öffentlichkeit verfolgt mit grösster Aufmerksamkeit den Verlauf des Prozesses, in dem der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten, William Foster, ihr Generalsekretär Eugene Dennis und zehn weitere amerikanische Arbeiterführer und Funktionäre der Kommunistischen Partei mit schweren Strafen bedroht werden. Es ist bekannt, dass die amerikanischen Kommunisten im Krieg gegen die japanischen und deutschen Aggressoren unter dem grossen Präsidenten Roosevelt in der Front der antifaschistischen Kräfte in vorderster Reihe gestanden und grosse Opfer gebracht haben.

Die deutsche demokratische Öffentlichkeit erhebt den schärfsten Protest dagegen, dass diese fortschrittlichen Männer, die geholfen haben, den Faschismus in Deutschland zu stürzen und die Demokratie herzustellen, jetzt für ihre sozialistische Gesinnung angeklagt werden und fordert die sofortige Einstellung des Verfahrens."

Pressdienst
(PD)

4. Juni 1949

Nachrichten
=====

Das deutsche Volk verlangt gehört zu werden
Massenprotest fordert Empfang der Volkskongress-Delegation

B e r l i n , 4.6. (E.B.)

"Arbeiter wie Intellektuelle des Betriebes Unruh & Liebig können es nicht begreifen, dass vier Jahre nach Beendigung des Krieges die westlichen Besatzungsmächte sich weigern, zu den Friedensverhandlungen über Deutschland eine vom deutschen Volk gewählte Delegation zu empfangen", stellt die aus 1 400 Personen bestehende Belegschaft dieses Leipziger Unternehmens in einer Resolution entrüstet fest. "Wir appellieren nochmals an das Verantwortungsbewusstsein der Besatzungsmächte und bitten diese, die Vertreter unseres Volkes, die sich dafür einsetzen, dass das deutsche Volk ein wertvolles Glied in einer friedlichen Völkerfamilie wird, anzuhören."

"Das deutsche Volk will einen gerechten Frieden. Es will die Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen", erklären die 600 Belegschaftsangehörigen des Bibliographischen Instituts Leipzig. Sie sind empört über den von den Westmächten auf der Aussenministerkonferenz abgelehnten Empfang der Volkskongress-Delegation. "Im Interesse des deutschen Volkes fordern wir, dass die deutsche Delegation empfangen und gehört wird."

Die Belegschaften der Lackfabrik Mölkau, der Liebertwolkwitzer Tonwerke, der Konsumgenössenschaft Leipzig, der Benzinwerke Böhlen und zahlreicher anderer Betriebe bringen ebenfalls zum Ausdruck, dass sie sich keinesfalls mit der von den Westmächten zum Ausdruck gebrachten Missachtung des deutschen Volkswillens abfinden werden, sondern energisch dafür eintreten, dass die Stimme Deutschlands in Paris gehört und die Volkskongress-Delegation empfangen wird.

Unsere Antwort: Schaffung der Nationalen Front

"Die Weigerung der Westmächte, das deutsche Volk bei der Beratung und Entscheidung über sein Leben und seine Zukunft anzuhören, hat in unserer Belegschaft grösste Empörung hervorgerufen", so melden sich die Betriebsangehörigen der Maschinenfabrik Otto Gruson, Magdeburg, zu Wort. Sie versprechen, "die Gewinnung aller Deutschen für die Nationale Front des Kampfes für die Einheit Deutschlands, einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen wird unsere Antwort sein".

Pressdienst
(PD)

4. Juni 1949

Nachrichten

Das deutsche Volk verlangt gehört zu werden

Massenprotest fordert Empfang der Volkskongress-Delegation

Berlin, 4.6. (E.B.)

"Arbeiter wie Intellektuelle des Betriebes Unruh & Liebig können es nicht begreifen, dass vier Jahre nach Beendigung des Krieges die westlichen Besatzungsmächte sich weigern, zu den Friedensverhandlungen über Deutschland eine vom deutschen Volk gewählte Delegation zu empfangen", stellt die aus 1 400 Personen bestehende Belegschaft dieses Leipziger Unternehmens in einer Resolution entrüstet fest. "Wir appellieren nochmals an das Verantwortungsbewusstsein der Besatzungsmächte und bitten diese, die Vertreter unseres Volkes, die sich dafür einsetzen, dass das deutsche Volk ein wertvolles Glied in einer friedlichen Völkerfamilie wird, anzuhören."

"Das deutsche Volk will einen gerechten Frieden. Es will die Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen", erklären die 600 Belegschaftsangehörigen des Bibliographischen Instituts Leipzig. Sie sind empört über den von den Westmächten auf der Aussenministerkonferenz abgelehnten Empfang der Volkskongress-Delegation. "Im Interesse des deutschen Volkes fordern wir, dass die deutsche Delegation empfangen und gehört wird."

Die Belegschaften der Lackfabrik Mülkau, der Liebertwolkwitzer Tonwerke, der Konsumgenossenschaft Leipzig, der Benzinwerke Böhlen und zahlreicher anderer Betriebe bringen ebenfalls zum Ausdruck, dass sie sich keinesfalls mit der von den Westmächten zum Ausdruck gebrachten Missachtung des deutschen Volkswillens abfinden werden, sondern energisch dafür eintreten, dass die Stimme Deutschlands in Paris gehört und die Volkskongress-Delegation empfangen wird.

Unsere Antwort: Schaffung der Nationalen Front

"Die Weigerung der Westmächte, das deutsche Volk bei der Beratung und Entscheidung über sein Leben und seine Zukunft anzuhören, hat in unserer Belegschaft grösste Empörung hervorgerufen", so melden sich die Betriebsangehörigen der Maschinenfabrik Otto Gruson, Magdeburg, zu Wort. Sie versprechen, "die Gewinnung aller Deutschen für die Nationale Front des Kampfes für die Einheit Deutschlands, einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen wird unsere Antwort sein".

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

4. Juni 1949

- 2 -

In der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung protestierten die Abgeordneten aller Parteien gegen den in Paris abgelehnten Empfang der deutschen Friedensdelegation. Der mit Stadtvertretungen Westdeutschlands begonnene Gedankenaustausch zur Schaffung der Nationalen Front aller Deutschen müsse deshalb verstärkt fortgesetzt werden, erklärten die Sprecher der im Magdeburger Stadtparlament vertretenen Parteien. Die tödliche Gefahr der Spaltung Deutschlands erkenne auch die westdeutsche Bevölkerung immer klarer, deshalb müsse jeder dazu beitragen, alle Kräfte für die Nationale Front zu mobilisieren, damit das von den Westmächten als "Zwischenlösung" empfohlene "Besatzungsstatut" zu Fall gebracht und durch Anhören der Volkskongressdelegation in Paris die deutsche Einheit und ein Friedensvertrag gefordert werden.

Appell an das Nationalbewusstsein der Wissenschaftler

"Deutsche Einheit, Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen fallen uns nicht als Geschenke von aussen in den Schoß. Das deutsche Volk muss selbst wollen und handeln. Niemand ist dazu mehr berufen als die Wissenschaftler", heisst es u.a. in einem Schreiben aller Professoren, Dozenten und Studenten der Universität Jena an alle deutschen Universitäten, sich ebenfalls mit Willenserklärungen an die in Paris über Deutschland und den Frieden verhandelnden Aussenminister zu wenden und den Empfang der Delegation des 3. Deutschen Volkskongresses zu fordern. "Lassen Sie uns in einer gemeinsamen Front unsere Stimme erheben - wenden sich die Jenauer Professoren, Dozenten und Studenten an die westdeutschen Universitäten -, um den Aussenministern der Besatzungsmächte in Paris zu beweisen, dass wir nationales Verantwortungsgefühl und einen nationalen Willen haben."

(Sie ersuchen,

Gebt Max Reimann frei !

B e r l i n , 4.6. (E.B.)

Eine offene Kampfansage der britischen Militärregierung gegen die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bezeichnen die 5 600 Werktätigen des Stahl- und Walzwerks Riesa die erneute Einkerkelung des KPD Vorsitzenden Max Reimann, die einmütig verurteilt wird. Die Riesaer Stahlwerke und mit ihnen der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Landesverband Sachsen-Anhalt, die Teilnehmer von Versammlungen in Soltau (Niedersachsen), Ganderstein, Hameln-Pyrmont, Hamburg und Zahlreichen anderen Orten und Betrieben Ost- und Westdeutschlands fordern, Max Reimann, den aufrechten Kämpfer für nationale Einheit und einen gerechten Frieden schnellstens in Freiheit zu setzen. Millionen Deutsche versprechen, dafür Sorge zu tragen, dass der Ruf: "Gebt Max Reimann frei!" nicht ungehört verhallt.

- 3 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

4. Juni 1949

- 3 -

Deutsche und polnische Jugend Hand in Hand

L e i p z i g , 4.6. (E.B.)

Der polnische Delegierte Wladislaw Mlotecki überbrachte den Delegierten des III. Parlaments der Freien Deutschen Jugend die Kampfrüsse des Zentralrates des Verbandes der Vereinigten Jugend Polens und der polnischen Jugend. "Wir wünschen Euch eine fruchtbringende Arbeit für Euren Kampf um ein einiges, friedliches und demokratisches Deutschland. Die demokratische Jugend der ganzen Welt kann und muss um Frieden und Fortschritt kämpfen. Die Kraft der friedliebenden Völker ist so mächtig, dass sie den Kriegstreibern den Frieden aufzwingen kann. Die Haltung Eurer Werktätigen und der demokratischen Jugend spielt dabei eine grosse Rolle.

Die Imperialisten versuchen, das Kriegsarsenal des Ruhrgebietes wieder aufzubauen, das deutsche Volk zur Sturmabteilung der imperialistischen Armee zu machen, um Westdeutschland in eine Angriffsbasis gegen die UdSSR und die Volksdemokratien zu verwandeln. Diese Entwicklung beunruhigt das polnische Volk und seine Jugend. Wir können die Verbrechen des Hitler-Imperialismus nicht vergessen, die Warschau in ein Trümmerfeld verwandelte und sechs Millionen Polen das Leben kosteten.

Wir wissen, dass die antifaschistische, demokratische deutsche Jugend keine leichte Aufgabe vor sich hat, dass sie unter schweren Bedingungen kämpft. Euer Parlament aber hat bewiesen, dass Ihr den klaren Weg zum Aufbau eines friedlichen, einheitlichen Deutschlands seht; den Weg einer breiten nationalen Front für diesen Kampf. Darin ist Euch die Hilfe des polnischen Volkes und der polnischen Jugend, der Werktätigen der ganzen Welt sicher. Wir versichern Euch unserer Sympathie und unserer Unterstützung bei allen Euren Kämpfen für Frieden, Einheit und nationale Unabhängigkeit, die eine entschiedene Bedeutung für das Schicksal der ganzen Welt haben.

Ihr versteht ebenso wie wir, dass die Oder-Neisse-Grenze keine Grenze des Hasses ist, sondern eine Grenze, die die friedliche Entwicklung Polens und eines demokratischen Deutschlands sichert. Dass sie eine gerechte Grenze ist, die jahrhundertlanges Unrecht wieder gutmacht, dass sie die Grenze des Friedens zwischen unseren Völkern und einer der grundlegenden Faktoren des Friedens in der Welt ist.

Die Tatsache, dass in dem Städtchen Guben an der Neisse am letzten Tag der internationalen Jugendwoche von beiden Seiten der Grenze, wenn auch in verschiedenen Sprachen, die Hymne des Weltjugendbundes gesungen wurde, ist zu einem Symbol friedvoller Verständigung unserer Völker geworden.

Jugendaktiv entdeckt neue Motoren

M a g d e b u r g , 4.6. (E.B.)

Alte, zur Verschrottung vorgesehene Motoren nahm sich in einer Sonderschicht das Jugendaktiv der Elektrowerkstatt des Hrupp-Gruson-Werkes noch einmal vor, um diese wieder in-standzusetzen und damit den Engpass an Motoren im Werk zu beseitigen.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Nachrichten - 4 -

Jede Schleiferin eine Aktivistin

Gröditz, 4.6. (E.B.)

Die Schleiferinnen der Tempergiesserei des volkseigenen Eisen- und Stahlwerkes Gröditz waren mit ihren Leistungen im Monat April nicht zufrieden. Während fünf von ihnen über 150 % der Monatsnorm erreichten und 18 die Norm bis 150 % erfüllten, lagen 13 Kolleginnen noch unter der Norm. Das liess unseren besten Schleiferinnen, Dorothea Döring (sie erreichte 215 %) und Charlotte Gubi (184 %) keine Ruhe. Sie forderten deshalb ihre Kolleginnen auf, im Juni erneut einen Wettbewerb durchzuführen, dessen Ziel eine 20 %ige Steigerung der Leistungen im Monat April und die Erfüllung der festgelegten Norm durch alle Schleiferinnen ist.

Von Entlassung bedroht

Recklinghausen (E.B.)

1 500 Arbeiter der Buna-Werke in Marl-Hüls sind von Entlassung bedroht. Seit dem 1. Mai ist Kurzarbeit eingeführt. Der Betrieb will sich wegen des Verbots der Herstellung von synthetischem Gummi auf die Produktion von Fussbodenbelag umstellen. Wenn der entsprechende Antrag von der Militär-Regierung nicht genehmigt wird, müssen die 1 500 Arbeiter entlassen werden.

Kurzarbeit hilft nicht mehr

Gelsenkirchen (E.B.)

40 Arbeiter des Metalwerks Wildfang ist gekündigt worden. Im Kündigungsschreiben wird darauf hingewiesen, dass trotz der Kurzarbeit die Lagervorräte anwachsen. Der Auftragseingang sei seit Monaten gering.

"Eugen Leviné"

Im Dietz-Verlag erscheint als besondere Ehrung zum Todestage des Vorkämpfers für Demokratie und Sozialismus das Buch "Eugen Leviné" von M. Slonimski.

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Nachrichten - 5 -

Verantwortungsbewusste Arbeit - internationale Anerkennung

Leipzig, 4.6.(E.B.)

Der dritte Arbeitstag des III. Parlaments der FDJ wurde mit der Begrüssung von Delegationen des tschechoslowakischen Jugendverbandes, des Kommunistischen Jugendverbandes Italiens und der Freien Jugend der Schweiz eingeleitet. Kapitän Farakos, Leiter der Abordnung griechischer Freiheitskämpfer übermittelte dem Parlament die Grüsse der kämpfenden Jugend seiner Heimat und dankte für den Solidaritätsbeitrag der deutschen Jugend zum Freiheitskampf des griechischen Volkes. Der rumänische Delegierte Groza äusserte sich befriedigt über die demokratische Entwicklung der deutschen Jugend und brachte das Vertrauen zu ihrer weiteren Arbeit zum Ausdruck. Dass grosse Teile der deutschen Jugend heute aktiv in der Weltfriedensfront stehen, veranlasste den ungarischen Delegierten Hallass darüber seine besondere Freude zu bekunden. Er brachte Hochrufe auf die Freundschaft der Jugend aller Nationen, den sowjetischen Komsomol und die FDJ aus. Grüsse aus Österreich überbrachte der Delegierte Breuer. Er anerkannte den grossen Erfolg des III. FDJ-Parlaments.

Ein Beispiel für die geistige Wandlung der deutschen Jugend, die Hitler vertraute und von der viele Jungen und Mädchen ausreichte Demokraten wurden, boten die Ausführungen der Eisenacher FDJlerin Spillner. Aus allen Teilen der Ostzone kamen Diskussionsredner zu Wort, die sich eingehend mit der Lage und den Aufgaben auf den Gebieten des Sportes, der Schulung und Gewerkschaftsarbeit befassten. Freudiger Beifall der Delegierten dankte dem Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands für eine der FDJ gemachte Spende von 25 000 DM.

Ein Hamburger Delegierter schilderte den Kampf der fortschrittlichen westdeutschen Jugend. Der Beifall für den Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert war eine Demonstration der Verbundenheit der deutschen Jugend mit ihrer Hauptstadt.

Im Auftreten von Delegationen des Stahlwerks Hennigsdorf, einer Weissenfelder Schuhfabrik und der Leipziger Kunstakademie kamen in Worten und Geschenken deren Nationalbewusstsein und Aufbauwille zum Ausdruck. Jungaktivisten des Mansfelder Kupferbergbaues sowie Vertreter der Sportbewegung berichteten am Nachmittag des Sitzungstages von ihren Produktions- und ihren Organisationserfolgen. Stürmisch feierte die Jugend Adolf Hennecke, den Bahnbrecher für die Aktivistinnenbewegung. Die Fragen des Berufswettkampfes und der Zusammenarbeit der Jungaktivisten mit der technischen Intelligenz behandelte die Jugenddelegierten Thüringens und Dresdens. Ein Bild des Kampfes an Rhein und Ruhr bot der Diskussionsbeitrag einer Jugendvertreterin Nordrhein-Westfalens.

Mit anererkennenden Worten sprach ein Delegierter des tschechoslowakischen Jugendverbandes von der nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus veränderten deutschen Jugend. Seine Ausführungen wurden mit Jubel aufgenommen und im Sprechchor mit dem Ruf "Es lebe die Jugend Gottwärts" beantwortet.

In einer eindrucksvollen Goethefeier in den Abendstunden erläuterte Prof. Hans Mayer die Bedeutung Goethes für die deutsche Jugend.

Pressedienst

(PD)

4. Juni 1949

Saargebiet - Bestandteil des westeuropäischen Krisengebietes

Erklärung des Landesvorstandes der KPD

Saarbrücken, 4.6.49 (E.B.)

Das Sekretariat des Landesvorstandes der KPD, Landesverband Saar, stellt nach eingehender Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung mit grosser Besorgnis fest, dass, entgegen den optimistischen Äusserungen gewisser Politiker und der Leitungen der Koalitionsparteien sowie der DPS, die Lebenslage der werktätigen Saarbevölkerung, der Bauern und kleinen Mittelständler täglich schwereren Belastungen ausgesetzt wird.

Die Einbeziehung des Saarlandes in das Krisengebiet Westeuropa, das gekennzeichnet ist durch Währungsschwierigkeiten, Mißverhältnisse von Löhnen und Preisen und Absatzkrisen, konnte, entgegen den Erwartungen obengenannter Kreise, auch durch den wirtschaftlichen Anschluss nicht abgewendet werden, da diese Krise eine den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen in diesen Ländern entspringende ist. Die Arbeitslosigkeit wächst täglich und macht das in der Verfassung verankerte Recht auf Arbeit illusorisch.

Die gesteigerte Produktion dient weder der Besserung der Lebenshaltung aller Schaffenden noch der Inangasetzung des Wiederaufbaues. Die Zahl der Ruinen aus dem Krieg nimmt nicht ab und Milliardenwerte gehen verloren durch die Unmöglichkeit, beschädigte Häuser auszubauen. Die Baustoffindustrie arbeitet auf Lager, ein grosser Teil der Bauarbeiter ist bereits erwerbslos, während gleichzeitig Zehntausende Wohnungssuchender in Elendswohnungen hausen müssen.

Der schulentlassenen Jugend fehlen Lehrstellen. Viele Lehrlinge finden nach bestandener Gesellenprüfung keine Arbeit, der studierenden Jugend droht die Gefahr vergeblichen jahrelangen kostspieligen Studiums.

Kriegsbeschädigte und heimgekehrte Kriegsgefangene sehen sich vielfach, trotz ihres Arbeitswillens, aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen. Ihre Rente sowie die der Sozialrentner ist unzureichend.

Nicht besser ergeht es den Frauen, die auf den Ertrag ihrer Hände Arbeit angewiesen sind. Man brandmarkt sie als Doppelverdiener und bestimmt sie als erste Opfer der stets schärfer einsetzenden Krise.

Die bestehende Schere zwischen Löhnen und Preisen wirkt sich nicht nur nachteilig auf die Lebenshaltung aller Gehalts- und Lohnempfänger aus, sondern verhindert die Bildung von Sparkapital und schränkt die Auftragserteilung an Handwerker und die Kaufmöglichkeit für dringenden Lebensbedarf täglich mehr ein.

Pressedienst

(PD)

4. Juni 1949

Handwerker und kleine Mittelständler, deren Existenz eng mit der des Arbeiters verknüpft ist, werden von Steuerlast erdrückt und sind mit Geschäftsschliessung bedroht. Die Bauern merken immer mehr, dass die Politik ihrer Berufsvertretung in Kammer und Bauernverein ihnen zwar eine teure Bürokratie mit hohen Umlagen und Beiträgen gebracht hat, dass sie aber auf der anderen Seite der überlegenen Konkurrenz der billiger produzierenden Landwirtschaft der westlichen Länder und ihrer Kolonien schutzlos ausgesetzt sind. Sie stehen vor dem Ruin.

Der bisher stark positive Aussenhandel kommt infolge Währungs- und Zollschwierigkeiten ins Stocken. Der Verlust des Hauptabsatzgebietes in dem übrigen Deutschland und im Osten überhaupt macht die Produktionssteigerung in der Schwerindustrie illusorisch und bedroht insbesondere unsere Energiewirtschaft. Das Eisenbahnnetz erfordert Milliardenzuschüsse, bedingt durch nachteilige Tarifgestaltung und Unterbindung des Verkehrs mit Deutschland.

Trotz unerträglichen Steuerdrucks sind Staatshaushalt und Gemeindefinanzen gefährdet. Die Ursachen sind der viel zu teure Verwaltungsapparat, ein ungünstiges Steuerabkommen mit Frankreich, mangelnde Erfassung der Gruben und Schwerindustrie zur Steuerleistung und fehlende Finanzhoheit der Gemeinden.

Diese bedrohliche Lage, die sich täglich verschärft, ist nicht zuletzt auch eine Auswirkung des Marshall-Plans, der Westeuropa in koloniale Abhängigkeit zu den USA bringt, der die Marshall-Länder an der selbständigen Entfaltung ihrer Veredelungs- und Fertigwarenindustrie hindert, sie teils zu billigen Rohstoffländern und an USA-Monopol gebundene Absatzmärkte degradiert, ihnen unerträgliche Rüstungslasten aufbürdet und den Handel mit den Ostländern erschwert. Die Kriegshetze begünstigt ausserdem die Kapitalflucht und unterbindet den friedlichen Aufbau.

Im Saarland wirken sich diese Faktoren doppelt nachteilig aus, weil dem Saarvolk die wirtschaftliche Freiheit fehlt und weil ihm infolge des bestehenden friedenslosen Zustandes die Verfügung über seine Bodenschätze und Industrieanlagen vorenthalten ist. Aus der schon über Gebühr eingeeengten Lohnsphäre und der schwach entwickelten Klein- und Mittelindustrie und Landwirtschaft allein ist es unmöglich, die zu lösenden sozialen und kulturellen Aufgaben des Saarvolkes zu erfüllen.

Der Ausweg ist allein zu suchen in der Beendigung des friedenslosen Zustandes mit Überführung der Saarindustrie in die Hände des Volkes, in der Aufstellung einer Wirtschaftsplanung unter maßgeblicher Beteiligung der Schaffenden, in dem Ausbau der Handelsbeziehungen ebenso mit dem Osten wie mit dem Westen, in der Revision des Zoll- und Handelsabkommens mit Frankreich, in der Beseitigung der Grenzschwierigkeiten, im freien Zugang zu allen Rohstoffquellen und Absatzmärkten.

Unter diesen Voraussetzungen wird der Weg frei für Schliessung der Lohn- und Preisschere durch Wegfall der Profite für Grossverdiener, für Herabsetzung des Steuerdrucks, für ein grosszügiges Wiederaufbauprogramm zur Beseitigung der Wohnungsnot, für ausreichende Versorgung der Sozialrentner und Kriegsoffer, für Bannung des Gespenstes der Arbeitslosigkeit, für Arbeit und Brot für alle.

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Schumacher und das Gestaponest im SPD-Vorstand

Im Kommentar des Tages vom 3. Juni machte K.E. von Schnitzler im Berliner Rundfunk u.a. folgende Ausführungen:

"Der Parteivorstand der SPD ist seit 1946 im Besitz des gesamten Kriedemann belastenden Materials. Der Landesverband Niedersachsen der Kommunistischen Partei Deutschlands hat diese Akten damals nicht dazu benutzt, um einen öffentlichen Skandal zu machen, sondern er hat sie dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Dr. Schumacher persönlich zugestellt. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat auf Grund der gleichen Akten, auf Grund derer das Gericht jetzt zu dem Schluß gekommen ist, daß die Bezeichnung Kriedemanns als Gestapospitzel keine Beleidigung ist, sondern der Tatsachen entspricht, eine Untersuchung gegen Kriedemann eingeleitet. Aber es war Herr Dr. Schumacher persönlich, der den Gestapoagenten Kriedemann deckte und das Verfahren niederschlug.

Gleichfalls belastet ist der sozialdemokratische Chefredakteur und Lizenzträger der Norddeutschen Zeitung, Walter Spengemann. Angeblich, um seine gefährdeten Eltern zu schützen, hat Spengemann im Jahre 1937 an den Reichsanwalt des Volksgerichtshofes einen langen Brief geschrieben, in dem er zu seiner Entlastung beschrieb, wie oft er Gesinnungsfreunde der Gestapo angezeigt habe. Auch diese Tatsache ist Herrn Dr. Schumacher und dem Parteivorstand der SPD bekannt. Dr. Schumacher setzte einen Untersuchungsausschuß ein, zu dessen Vorsitzenden er den Gestapoagenten Kriedemann ernannte. Wie Spengemann unter Eid ausgesagt hat, war Kriedemann bei ihrer gemeinsamen Tätigkeit für die Gestapo in Holland sein Chef. Trotzdem deckte Schumacher auch ihn, der es derweil zum Leiter der politischen Abteilung des Nordwestdeutschen Rundfunks in Hamburg gebracht hatte, holte ihn aus Hamburg nach Hannover und machte ihn zum Chefredakteur des Organs des Parteivorstandes.

Angesichts dieser Tatsachen erscheinen die Vorwürfe, die in- und ausländische ehemalige Häftlinge gegenüber Dr. Schumacher erhoben haben, wonach Dr. Schumacher seine bevorzugte Behandlung und seine vorzeitige Entlassung aus dem Konzentrationslager seiner und seiner Gesinnungsgenossen Zusammenarbeit mit der Gestapo verdankt haben soll - Vorwürfe wohlbemerkt, die wir wegen ihrer Ungeheuerlichkeit für unglaublich hielten und von denen wir darum bisher keinen Gebrauch gemacht haben - angesichts dieser neuen Tatsachen erscheinen auch diese Vorwürfe in einem neuen Licht.

Wir haben - zum Teil als Augenzeugen - den Nachweis geführt, daß der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, Fritz Heine, leitender und bezahlter Angestellter des britischen Geheimdienstes, des P I D, war und ist. Wir haben den Nachweis geführt, daß der Parteivorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar Freiherr von Knöringen, unter dem Namen Mister Holt Agent des britischen Geheimdienstes war und ist und die Verantwortung dafür trägt, daß deutsche Kriegsgefangene, die sich in England als Kommunisten bekannten, nach Ägypten und Kleinasien verschleppt wurden und heute noch nicht wieder heimgekehrt sind. Wir haben den Nachweis geführt, daß der Vorsitzende der SP in Württemberg, Erwin Schöttle, des gleichen Verbrechens schuldig ist, und der deutsche Gewerkschafter Kramer, der sich auch Jahn nennt, Agent des amerikanischen Geheimdienstes ist und von diesem den Auftrag erhalten hat und dafür bezahlt wird, die deutschen Gewerkschaften und den Weltgewerkschaftsbund zu spalten.

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949

K o m m e n t a r e
=====

Gerhart Eisler vor der Berliner Presse

B e r l i n (PD)

In einer Pressekonferenz im Haus der Einheit stellte sich Gerhart Eisler dem Kreuzfeuer der Fragen von Pressevertretern. Einige Anzüglichkeiten amerikanisch lizenzierter Presseleute fertigte er mit überlegener Ironie und mit gutem Humor ab. Man gewann überhaupt den Eindruck, daß ihm die Widrigkeiten und Strapazen nichts antun konnten, am allerwenigsten haben sie seine kämpferische Schlagfertigkeit beeinträchtigt.

Gerhart Eisler teilte mit, daß er noch am selben Tage nach Polen reise, um den polnischen Behörden persönlich seinen Dank abzustatten. Nachdem er seine Heimatstadt Leipzig und die Hauptstadt Berlin besucht hat, empfindet er umso mehr das Bedürfnis, seiner Dankbarkeit dem polnischen Volk gegenüber Ausdruck zu verleihen, als er sehr wohl weiß, wie hoch das Eintreten Polens für einen Deutschen einzuschätzen ist. Es zeige sich auch an seinem Beispiel, daß das polnische Volk wohl zu unterscheiden verstehe und seine volle Solidarität mit denjenigen Deutschen bekundet, die gegen die Reaktion kämpfen und das neue demokratische Deutschland vertreten. Wenn wir Deutsche alles tun werden, um jede gegen Polen gerichtete Politik zu bekämpfen, so wird das polnische Volk seine Gefühle gegenüber Deutschland, für die Deutschland die Schuld trägt, überwinden.

Auch aus Prag brachte er den Eindruck mit, daß das tschechoslowakische Volk, wie er in persönlichen Erlebnissen empfunden hat, für die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands volle Sympathie hat. Dieselbe Sympathie umgab ihn während seines erzwungenen Aufenthaltes in England. Breiteste Kreise Englands begrüßten die Entscheidung des englischen Gerichts gegen das amerikanische Auslieferungs-Beglehen als einen Schritt des nationalen Widerstandes gegen amerikanische Vorherrschaft. In diesem Sinne kommentierte sogar ein so konservatives englisches Organ, wie der "Observer", den englischen Gerichtsentscheid mit den Worten: "Englische Richter sind nicht mit Dollar zu kaufen."

In den Antworten, die er zur Charakteristik der amerikanischen herrschenden Kreise gab, ging Eisler insbesondere auf die Schwächen der amerikanischen Reaktion ein, die sich so gerne für allmächtig ausgibt. Die amerikanische Geheimpolizei vermochte seine Abreise nicht zu verhindern. Mit der Konstruktion des "Falles Eisler" erntete die amerikanische Reaktion eine Blamage, die sie sich hätte ersparen können. Aber es sei schon so: wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit amerikanisch-reaktionärer Dummheit. Das zeigt sich auch in China, wo die amerikanische Reaktion mit ihren Waffenlieferungen an die Kuomintang unfreiwillig die Ausrüstung der Volksarmee besorgte.

Pressedienst
(FD)

4. Juni 1949
Kommentare - 2 -

Die amerikanischen Monopolkapitalisten hätten großes Vertrauen zur Dummheit der Deutschen. Sie glauben, die Deutschen wären das willigste Kanonenfutter. An der Spaltung Deutschlands halten sie fest, um ihr Kanonenfutter und ihre Rüstungsbasis wenigstens in Westdeutschland zu sichern. Es liegt am deutschen Volk, diesen "Optimismus" der amerikanischen Reaktion zu enttäuschen.

G.Kr.

Das Wirtschaftschao in Westdeutschland

(PD)

Wie es in einer Erklärung des Gewerkschaftsverbandes im Lande Rheinland-Pfalz heißt, hat die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland einen Schaden von mehreren Milliarden Mark verursacht. In Schleswig-Holstein ist jeder vierte Arbeiter beschäftigungslos. Die Annahme der sogenannten Bonner Verfassung wurde von einer bedeutenden Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter in allen westdeutschen Ländern begleitet.

Nach einer Mitteilung der englischen Zeitschrift "Tribune" beträgt der Reallohn in Westdeutschland gegenwärtig nicht einmal zwei Drittel des Vorkriegsstandes. Dem Blatt zufolge ist eine Arbeiterfamilie nicht in der Lage, die nötigsten Sachen anzuschaffen. Die englische Kontrollkommission mußte im April-Bericht zugeben, daß die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland schlechter wird. Zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit und zur Verelendung der Arbeiter tritt zugleich die Einstellung von Betrieben. Allein in der englischen Besatzungszone haben im Monat April 282 Firmen Bankrott erklärt oder ihre Zahlungen eingestellt. In der amerikanischen Zone haben im April 70 Firmen Notzeichen gegeben. In Bayern haben 112 Firmen ihre Tätigkeit eingestellt. 332 Firmen machten Fleite oder meldeten Insolvenzen an. Allein in Hessen waren im März 560 derartige Fälle zu verzeichnen.

Eine der Hauptursachen für die Einschränkung der Tätigkeit der Betriebe ist das Einschrumpfen des Auslands- und Inlandsabsatzmarktes. Der Auslandsmarkt ist der westdeutschen Ausfuhr gesperrt, denn ihre Erzeugnisse könnten den amerikanischen Waren Konkurrenz machen. Die Ausfuhr von Fertigwaren wurde stark eingeschränkt, und unter den Exportwaren nehmen Rohstoffe und Halbfabrikate den ersten Platz ein. Die schwierige wirtschaftliche Lage in Westdeutschland ist das unmittelbare Ergebnis der von den Westmächten verstärkten Politik der Spaltung Deutschlands. Die wirtschaftliche Zerstückelung hat der Industrie ihre natürlichen Absatzmärkte verrammelt. Die Westmächte vereiteln mit allen Mitteln den Warenumsatz zwischen West- und Ostdeutschland. Die amerikanischen Besatzungsbehörden haben die von der MAN hergestellte Betriebsanlage für Wolven zurückgehalten, die englischen Besatzungsbehörden verweigerten Werken in Witten die Ausfuhr der Waren. Diese Fälle zeugen von der Absicht der westlichen Besatzungsbehörden, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland vollständig zu zerstören und den westdeutschen Export endgültig in den Dienst des anglo-amerikanischen Kapitals zu stellen.

- 3 -

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Kommentare - 3 -

Was die Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone anbetrifft so hat dort die Industrieproduktion schon 96,6% des Standes von 1938 erreicht. Der Wiederaufbau der Wirtschaft erfolgt ohne Auslandsschulden, der Ausfuhrhandel hat eine normale Entwicklung aufzuweisen, die Steuern werden ermäßigt usw.

Eine einfache Gegenüberstellung der wirtschaftlichen Lage in Westdeutschland und in der östlichen Besatzungszone erlaubt, die Ergebnisse der zwei verschiedenen Methoden zur Lösung des Deutschlandproblems richtig zu beurteilen und einzuschätzen. Die Wirtschaftskrise, die sich in Westdeutschland immer mehr ausbreitet, erbringt dadurch den Beweis, wie verhängnisvoll für Deutschland die Politik der Spaltung ist, die von den egoistischen Interessen des anglo-amerikanischen Monopolkapitals diktiert wird.

M.R.

Neue Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung

B e r l i n (PD)

Infolge der größeren landwirtschaftlichen Erzeugung in der Ostzone und der Einfuhren aus der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern ist es in den vergangenen Monaten möglich gewesen, die Lebensmittelversorgung, insbesondere für die werktätige Bevölkerung, schrittweise zu verbessern. So konnten die Zuckerrationen für alle Kartengruppen heraufgesetzt und einige Berufsgruppen - wie die Lehrer - in höhere Kartengruppen eingestuft werden. Weiterhin war es möglich, zusätzlich für 2 Millionen Werktätige und für 40 000 Angehörige der Intelligenz monatlich Lebensmittel-Pakete auszugeben. Auf Vorschlag des Polit-Büros der SED wurde vor einigen Wochen die Bewirtschaftung von Kartoffeln und Gemüse aufgehoben und der freie Verkauf in allen Orten der Zone und im sowjetischen Sektor Berlins durchgeführt. Überall, wo der Aufkauf von Gemüse und kartoffeln organisiert wird und die Handelsorgane Initiative entwickeln, gibt es die verschiedenen Arten von Gemüse in ausreichenden Mengen. Es ist also gegenüber den Vorjahren sichtbar besser geworden. Vor einigen Tagen hat das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission beschlossen, für alle Kinder im Alter von fünf bis neun Jahren täglich 1/4 Liter Vollmilch auszugeben. Damit konnte der Wunsch vieler Mütter, besonders der Arbeiterfrauen, erfüllt werden.

Während bei Kartoffeln, Brot und anderen Nahrungsmitteln eine Angleichung an den Bedarf weitgehend erfolgen konnte, ist die Lage auf dem Fleisch- und Fettgebiet noch nicht so günstig. Aber auch hier geht es schrittweise vorwärts. Die Hektarveranlagung, der Abschluß der Schweinemastverträge und andere Maßnahmen, vor allem aber die größeren Anstrengungen der Bauern und der Landarbeiter werden sich mehr als bisher günstig auswirken.

In wenigen Tagen werden weitere Verbesserungen in der Versorgung mit Lebensmitteln in der Ostzone durchgeführt. So sollen nicht mehr Quark und Käse auf Fleischmarken geliefert werden, sondern dafür Fett in entsprechendem Ausgabeverhältnis zur Auslieferung gelangen. Weiterhin werden zukünftig alle Arbeiter, die ständig

- 4 -

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Kommentare - 4 -

eine gesundheitsschädliche Arbeit verrichten, täglich einen halben Liter entrahmte Frischmilch zusätzlich erhalten. Das bedeutet für Zehntausende von Arbeitern, die unter erschwerten Umständen arbeiten, in gesundheitlicher Hinsicht eine spürbare Verbesserung.

Der infolge der Herausnahme aus der kartenmäßigen Versorgung zur Verfügung stehende Quark und Käse wird in den Geschäften der HO und des Konsums frei verkauft werden.

Wenn es jedoch das Aufkommen an Magermilch gestattet, empfehlen wir zu prüfen, ob nicht auch den Kindern im Alter von neun bis fünfzehn Jahren täglich 1/4 Liter entrahmte Frischmilch gegeben werden kann.

Die genannten Verbesserungen sind ein weiterer Beweis dafür, daß es möglich ist, aus eigener Kraft unser Leben besser zu gestalten und gleichzeitig die Wirtschaft aufzubauen. Immer stärker wird auch dadurch das Vertrauen der werktätigen Menschen in der Ostzone zu den verantwortlichen politischen und wirtschaftlichen Organen, die ständig bemüht sind, die unerschöpflichen Kraftreserven zu mobilisieren zum Nutzen für uns alle. In dem Maße, wie es gelingt, die Arbeitsproduktivität in der Industrie zu steigern und die landwirtschaftliche Produktion zu vergrößern, wird es möglich sein, weitere Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung durchzuführen.

Unsere Aufgabe besteht darin, diese Erkenntnisse den Werktätigen zu vermitteln. Das trägt zur ökonomischen Festigung unserer demokratischen Ordnung bei und erleichtert den Kampf um die Einheit Deutschlands.

W.St.

Das demagogische Spiel der UGO

B e r l i n (PD)

Mit der Bereitschaft der Reichsbahndirektion, den Westberliner Eisenbahnern 60% der Löhne und Gehälter in Westmark auszuzahlen, wäre die von der Bevölkerung so heißersehnte Beilegung des S-Bahnkonflikts noch vor Pfingsten möglich gewesen, wenn es sich bei diesem Konflikt tatsächlich nur um materielle Forderungen der Westberliner Eisenbahner gehandelt hätte. Wenn die S-Bahn in Westberlin trotzdem noch nicht fährt, so ist das keineswegs Schuld der Eisenbahner.

Die Berliner Bevölkerung hatte erwartet, daß die Westkommandanten die Bestrebungen nach Ruhe und Ordnung und Normalisierung des Lebens in Berlin unterstützen und ihrerseits die Beilegung des S-Bahnkonfliktes herbeiführen würden. Sie ist durch den Ausgang der Besprechung der vier Kommandanten enttäuscht. Die westlich-lizenzierte Presse leitete diese Zusammenkunft der vier Kommandanten mit einer fast dicken Lüge ein. Sie erklärte frech, daß General Kotikow, die drei westlichen Kommandanten um eine gemeinsame Zusammenkunft gebeten habe. Tatsache ist, daß die Initiative zu dieser Besprechung von dem französischen General Ganeval ausging. Bei dieser Besprechung ging es den Westkommandanten aber keineswegs um die Wiederaufnahme des S-Bahn-Verkehrs, sondern sie beabsichtigten vielmehr eine Anerkennung der UGO als gewerkschaftlichen Kontra-

Pressdienst
(PD)

4. Juni 1949
Kommentare - 5 -

henten. Die westlichen Kommandanten gaben zu, daß das Angebot der Reichsbahn, Löhne und Gehälter zu 60% in Westgeld auszuzahlen, annehmbar sei. Dieses Zugeständnis beweist eindeutig, daß der S-Bahn-Konflikt sofort beigelegt werden könnte, wenn die Westkommandanten ernsthaft daran interessiert wären.

Die von der UGO inszenierte Komödie, einer "Urabstimmung", bei der es keine Wahlzellen und Abstimmungslisten gab, dafür aber umso mehr Terror, soll die Legitimation für die Weiterführung der Sabotage sein. Diese "Abstimmung" gleicht in vielem verblüffend den unter Hitler inszenierten Wahlkomödien; das Wahlergebnis lag Stunden vor Beendigung der Wahl fest. Das "Freie Wort", das UGO-Blatt, droht auch nach dem Angebot der Reichsbahndirektion mit weiteren Sabotage- und Terrorakten. Das Maß der Zerstörung ist nach Meinung der Putschisten noch nicht voll. Leider hat die Berliner Bevölkerung die Erfahrung machen müssen, daß die UGO-Führung nicht nur mit Zerstörungen und Sprengung wertvollen Volkseigentums droht, sondern sie hat solche Verbrechen auch mit Unterstützung der Stumpolizei und leider auch unter Mithilfe von Angehörigen der westlichen Besatzungstruppen durchgeführt.

Bei diesem sogenannten Streik verhalten sich die westlichen Besatzungsbehörden anders, als sie sich sonst im eigenen Lande gegenüber Streikenden verhalten. In Frankreich gehen Polizei und Truppen mit Tränengas und aufgepflanzten Bajonetten gegen Streikende vor. Die Niederknüppelung von Streiks in Amerika ist bekannt. Anders in Berlin. Der "Sozialdemokrat" nennt diesen im Interesse der Friedensstörer inszenierten Anschlag gegen das Verkehrs- und Versorgungssystem, bei dem es zu den größten Zerstörungen und Demolierungen seit Beendigung des Nazikrieges kam, eine Aktion zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung".

Auch das Verhalten der Westkommandanten bestätigt erneut, daß es bei dem als "Streik" aufgemachten UGO-Putsch nicht um gewerkschaftliche Forderungen geht, auf keinen Fall darum, daß die Westeisenbahner zu Westgeld kommen. Die Berliner Bevölkerung erinnert sich, daß der "Telegraf" bereits zu Beginn des UGO-Putsches ungeniert schrieb, "daß es hier nicht um einen normalen Lohnkampf geht, sondern um die Austragung eines politischen Konfliktes im Rahmen der großen weltpolitischen Auseinandersetzungen".

Dieser "politische Konflikt", bei dem es bisher nach dem Willen der Putschisten und ihrer händereibenden ausländischen Drahtzieher 45 Schwer- und Leichtverletzte und sogar einen Toten, zerstörte Signal- und Gleisanlagen, Stellwerke, verbrannte Züge gegeben hat, soll als Nebenprodukt noch die Anerkennung der UGO bringen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Reutermagistrat der sich weigerte, den Westberliner Eisenbahnern ihr Ostgeld nach dem festgelegten Satz von 60% 1:1 umzutauschen, den "streikenden" Eisenbahnern großzügig Erwerbslosen-Unterstützung gewährt. Außerdem erhalten die Eisenbahner 1 Mark Streik-Unterstützung, und die jugendlichen Raufbolde und Banditen, die willfährigen Agenten des ausländischen Monopolkapitals, erhalten außerdem noch Care-Pakete als Liebesgabe.

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Kommentare - 6 -

Freiheit für Max Reimann

B e r l i n (PD)

Warum wurde Max Reimann erneut verhaftet? Weil er unermüdlich und unerschrocken für die Einheit Deutschlands kämpft! Weil er gegen die Versklavung und Kolonisierung Deutschlands durch Besatzungsstatut und Scheinverfassung und gegen die Verräter der deutschen Interessen auftrat! Weil er sich in diesem Kampf für die Einheit Deutschlands die Zustimmung und die Sympathie aller rechtlich denkenden Deutschen erworben hat und damit der Bannerträger bei der Schaffung der Nationalen Front in Westdeutschland geworden ist!

"Es gehe offenbar darum, eine Wahltätigkeit Max Reimanns unmöglich zu machen", erklärte der Landesvorsitzende der "Union der Mitte", Artur Ketterer in Stuttgart, ein Mann also, der keineswegs durch parteipolitische Sympathien mit dem Kommunisten Reimann verbunden ist. Aber der Kampf um die Einheit Deutschlands, seine Freiheit und seinen Frieden ist, wie alle Menschen auch in Westdeutschland in täglich wachsendem Maße begreifen, die Sache j e d e s Deutschen. Zu dieser Erkenntnis hat das Auftreten Max Reimanns in entscheidendem Maße beigetragen. Die Tatsachen zeigen ganz klar und eindeutig, daß alle Interessenten an der Zerreißung Deutschlands und jene, die als ihre Mandlanger die Interessen des deutschen Volkes für eigene Vorteile verkauften, Max Reimann, den Sprecher des deutschen Volkes, fürchten und daher mundtot machen wollen.

Die Verhaftung Max Reimanns ist auch ein Symbol dafür, wie die Westmächte mit dem "Recht des Eroberers" und den übelsten Kolonialmethoden die demokratischen Rechte des deutschen Volkes mit Füßen treten. Hier demonstrieren sie dem deutschen Volk durch Besatzungsstatut für mindestens 60 Jahre zugebracht haben.

+) Ihre Art der "Demokratie" und der "Freiheit", die sie Es ist bezeichnend für die Deutschlandpolitik der Westmächte und die von ihnen in Westdeutschland geschaffene Situation, daß ein Verbrecher am deutschen Volke vom Kaliber eines Hjalmar Schacht und Hunderte anderer Nazis und Kriegsverbrecher auf freiem Fuße und in einflußreichen Schlüsselstellungen sind, während der Antifaschist Max Reimann, der Kämpfer für die nationale Existenz des deutschen Volkes im Gefängnis sitzt!

"Es ist empörend, daß die britische Militärregierung gegen Max Reimann sofort zur Verhaftung geschritten sei, während sie bei Schacht und einer ganzen Reihe von Kriegsverbrechern und Spitzbuben gar nicht an eine Verhaftung denkt", erklärte der Ankläger in der Spruchkammerverhandlung gegen Schacht, Artur Ketterer. "Diese Elemente läßt die britische Militärregierung frei schalten." Die Verbrecher von gestern sind heute längst die Dienstverpflichteten der imperialistischen Westmächte geworden. Der konsequente Antifaschist und Kämpfer für ein freies einheitliches Deutschland dagegen ist wieder Verfolgter geworden. Er wurde aus denselben Gründen eingekerkert, aus denen Gerhart Eisler jahrelang im sogenannten "freien" Amerika von den amerikanischen Imperialisten verfolgt wurde. Aber wie die demokratische Weltöffentlichkeit für Gerhart Eisler die Freiheit erkämpfte, so wird das gesamte deutsche Volk und mit ihm jeder rechtlich Denkende in allen Ländern seine Stimme erheben und die Freiheit für Max Reimann fordern und erkämpfen. Die Kämpfer für die Einheit Deutschlands und den Frieden werden sich stärker erweisen, als die imperialistischen Versuche, Deutschland zu zerstücken und zu versklaven.

A.St.

Pressedienst

(PD)

4. Juni 1949

Artikeldienst"Die Waage mit ungeeichten Gewichten"

(Von Heinz Verleih)

Im Frühjahr 1948 zeigten sich Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit unbewirtschaftetem Frühlingsgemüse. Sie lagen nicht in der Sphäre der Erzeugung, denn sonst wäre dieses Gemüse nicht zur freien Bewirtschaftung freigegeben worden. Die Ursachen waren also nicht beim Erzeuger zu suchen, sondern mußten auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher, also in der Zirkulation oder im Handel liegen.

Dasselbe Bild zeigt sich jetzt im Frühjahr 1949, Es wird etwas verdeckt durch den grösseren Anfall an erzeugtem Frühlingsgemüse und vor allem durch die allgemein gehobene Versorgung der Bevölkerung. Untersuchen wir die Verhältnisse bei allen der freien Bewirtschaftung übergebenen Waren, so können wir fast einheitlich dieselben Erscheinungen aufzeigen.

Die Erzeuger von Frühlingsgemüse, unsere Bauern, weisen mit Recht darauf hin, dass ihnen ihre Erzeugnisse nicht vom Grosshandel abgenommen werden. Der Grosshändler versucht seine Unschuld nachzuweisen mit dem Argument, er hätte keinen Transportraum zur Verfügung gestellt erhalten. Die Nachfrage bei den Autotransport-Gesellschaften von der Landesebene bis in die Kreisebene ergibt jedoch, dass der für den Transport von Frühlingsgemüse freigegebene Transportraum vom Grosshändler nicht ausgenutzt wird. Die eigentliche Ursache ist die dem Grosshändler zu gering erscheinende Verdienstspanne. Das grössere Angebot an Gemüse erlaubt ihm nicht mehr so leicht, ungerechtfertigte überhöhte Preise zu fordern. Nur der Berliner Grosshändler macht eine gewisse Ausnahme, nicht weil er gelernt hätte, von Schwarzmarktpreisen abzusehen, sondern weil er die besseren Qualitäten des Frühlingsgemüses zu Währungsspekulationen mit Westmarkt benutzt.

Der genossenschaftliche Handel zeigt eine allzu grosse Unbeweglichkeit. Auch er hat ungenügend von der Möglichkeit der besseren Versorgung der Bevölkerung mit Frühlingsgemüse Gebrauch gemacht. Bei ihm ist jedoch die Ursache nicht in der Spekulation zu suchen sondern in der ungerechtfertigten Verbürokratisierung. Durch die Verbesserung der demokratischen Rechenschaftslegung und Kontrolle der hauptamtlich Beschäftigten von seiten der Mitgliedschaft in den Genossenschaften wird im Genossenschaftshandel eine Wendung ermöglicht.

Dem Grosshandel wird jedoch durch staatliche Kontrolle und durch überzeugende Worte nicht beizukommen sein, um ihn der Aufgabe der verbesserten Versorgung der Werktätigen zuzuführen. Seine Spekulation ist eine Selbstversorgung. Sein Handel dient nur seiner eigenen Versorgung mit Profit. Ihm beizukommen ist nur mit ökonomischen Mitteln.

PresseDienst

(PD)

4. Juni 1949

Artikeldienst - 2 -

möglich. Er muss auf seinem ihm eigenen wirtschaftlichen Gebiet, auf dem Gebiet des Handels selbst durch das ihn beherrschende Gesetz der Konkurrenz geschlagen werden. Auch dann, wenn der genossenschaftliche Handel bereits auf der Höhe seiner Aufgaben stehen würde, könnte er allein diese Aufgabe unmöglich meistern. Es bleibt also nur der jüngst geschaffene staatliche Handel, die HO, die sich dieser Aufgabe erfolgreich widmen kann, um den Grosshandel in seine Schranken zu weisen. Folgerichtig ist deshalb auch, dem staatlichen Handel ein ihm entsprechendes Netz von Erfassungsorganen beizugeben, um über den kürzesten und schnellsten Weg die Ware vom Erzeuger zum Verbraucher zu bringen. Erforderlich ist deshalb der Aufbau solch eines staatlichen, also volkseigenen Erfassungsapparates, der in der HV Erfassung der Deutschen Wirtschaftskommission die zusammenfassende und lenkende Hand finden wird.

Mit dem staatlichen Handel hat die antifaschistisch-demokratische Ordnung eine zweckmässige neue Form der Verbraucherversorgung geschaffen. Es bedeutet durchaus nicht, wie es von manchen Vertretern des Kleinhandels befürchtet und von Vertretern des Grosshandels tendenziös böswillig hingestellt wird, dass damit ein Todesurteil über den Kleinhandel ausgesprochen wäre. Wenn er schnellstens befähigt ist, seinen Aufgaben gerecht zu werden, so wird er eine Unterstützung und Hilfe für den Kleinhandel sein, der jetzt vom Grosshandel die Art seiner Tätigkeit und Höhe seines Verdienstes vorgeschrieben erhält. Es gibt unter den Kleinhändlern einen nicht geringen Teil, der heute schon zu erkennen beginnt, dass die Kleinhändler im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes 1949 und der Wirtschaftsplanung überhaupt eine gesicherte und in der Zukunft sich ständig verbessernde Existenz haben werden.

Es ist nicht unbeachtlich, dass diese Einsicht der Kleinhändler auch in der Fachzeitschrift für den gesamten Nahrungs- und Genussmittelhandel "Die Waage" zum Ausdruck gebracht wird. In Nr. 14, 3. Jahrgang, ist im Leitartikel "Privathandel, Konsumgenossenschaften und Freie Läden" zu lesen:

"Wirtschaftsplanung hingegen will die Rationierung überflüssig machen."

Diese Feststellung ist sicherlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass zwar langsam aber in fortschreitendem Masse immer mehr Waren industrieller Erzeugung und auch der landwirtschaftlichen Erzeugung von der Rationierung ausgeschlossen werden. Dies ist ein Ausdruck für die wachsende Stärke unserer Volkswirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone und ein Beweis für die ökonomisch höhere Qualität unseres Volkseigentums. Der Verfasser des zitierten Artikels, der Gu zeichnet, also in die Anonymität flüchtet, kommt zu der Feststellung: "Planwirtschaft rationiert selbst den Konsum" und "Planwirtschaft bedeutet für den Kaufmann Degradierung zum blossen Verteiler. Sie verewigt den Zustand der Kriegswirtschaft." Den Beweis für diese Behauptung bleibt der Verfasser schuldig. Planwirtschaft wäre also nicht nur für den Kaufmann, sondern in erster Linie für die Käufer, für die Endverbraucher der Schreck der verewigten Kriegswirtschaft. Diese unbewiesene Behauptung muss an Hand der Tatsachen überprüft werden.

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Artikeldienst - 3 -

Es gibt bisher auf unserem Erdenrund ein Sechstel, in dem die Planwirtschaft ihre Verwirklichung gefunden hat. Es ist das Land des Sozialismus, genannt Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken. Heimkehrende Kriegsgefangene und Besucher im Rahmen von Delegationen oder als Einzelreisende berichten übereinstimmend, dass seit dem 1. Dezember 1947 die Rationierung aufgehoben wurde.

Während des zweiten Weltkrieges waren die Rationen in der Sowjetunion für die Verbraucher auf Grund der Verwüstungen durch die Geißel der Menschheit, den barbarischen Faschismus, nicht allzu gross. Trotzdem war im Land der Planwirtschaft, das also vom Kriege am stärksten betroffen war, die Rationierung von allen kriegsbetroffenen Ländern am ersten aufgehoben. Mir erscheint dieser Erfolg als ein Erfolg des Systems der sozialistischen Planwirtschaft. Alle Menschen des Sowjetvolkes haben dieselbe Auffassung. Oder sollte die Meinung der 200 Millionen Sowjetmenschen für den Verfasser des zitierten Artikels belanglos sein?

Deutsche Überheblichkeit bleibt aber deutsche Überheblichkeit, auch dann, wenn sie fortschrittlich, ja antifaschistisch-demokratisch aufgemacht ist. Zugunsten des Verfassers wollen wir annehmen, dass er mit seiner Meinung von der Planwirtschaft der bisherigen antisowjetischen Netze zum Opfer gefallen ist und sich selbst noch nicht mit dem Problem "Die Russen und wir" auseinandergesetzt hat. Subjektive Ehrlichkeit voraussetzend, sollen zur Information des Herrn Gu. einige Bemerkungen über den Sowjethandel folgen, die auf eigener Anschauung und ernsthaftem Studium des Sowjethandels beruhen.

Jeder Besucher wird in Erstaunen versetzt, wenn er in Moskau oder in anderen sowjetischen Städten das auch für unsere Vorkriegsverhältnisse reichhaltige und grosse Angebot von Waren sieht, die jedem Käufer in grosser Menge zur Verfügung stehen. Sie finden einen schnellen Absatz, denn die Sowjetmenschen können auf Grund des Sieges des Sozialismus einen stetig steigenden Lebensstandard für sich verbuchen. Die Sowjetgesellschaft kennt nicht nur die ernste Arbeit, sie ist auch der Nutzniesser dieser Arbeit. Niemand kann in ihr von fremder Arbeit leben, weil in ihr das Prinzip: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" - in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Eine während der 5-Jahrpläne um das 9-fache gewachsene industrielle Gesamtproduktion, diese gewaltige Masse von Industrieerzeugnissen, gelangt in die gesellschaftliche Konsumtion durch den Sowjethandel. Nicht nur die industriellen, sondern auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gelangen über den Sowjethandel in die gesellschaftliche Konsumtion. Auch der jetzige 5-Jahrplan, der 1950 beendet sein soll, aber in vielen Zweigen der sozialistischen Volkswirtschaft bereits seine Erfüllung gefunden hat, lässt ein ständiges Wachsen des Sowjethandels beobachten. Dieses schnelle Wachstum ist nur erklärbar, weil der Sowjethandel frei von den Widersprüchen des kapitalistischen Handels sowie der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt ist. Daher kennt er keine Absatzschwierigkeiten, keine Handelskrisen. Die sozialistische Wirtschaft stellt der schnell wachsenden Erzeugung der Industrie und Landwirtschaft eine noch schneller wachsende Nachfrage seitens der Bevölkerung gegenüber, so dass der sozialistische Handel keine solchen Schwierigkeiten wie Handelskrisen und ähnliche Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft kennt. Er ist viel billiger als jeder andere Handel, weil er den immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf des kapitalistischen Handels und die damit notwendig verbundenen schnell steigenden Handelsunkosten nicht kennt.

Pressedienst
(FD)

4. Juni 1949
Artikeldienst - 4 -

Der sozialistische Handel kennt zwei Märkte: den organisierten Markt und den unorganisierten Markt. Der organisierte Markt ist durch den Staatshandel, die staatliche Versorgungsorganisationen und die zentralen Beschaffungen vertreten. Alle Waren, die in staatlichen Betrieben erzeugt werden, zirkulieren nur über den organisierten Markt. Die Zirkulation der Waren findet planmässig, auf die verschiedenen Gebiete verteilt, zu festgesetzten Preisen statt. Alle Waren des Massenbedarfs gelangen, weil planmässig verteilt, auf kürzestem Wege schnell in die Hände des Verbrauchers und können frei im staatlichen Handelsnetz von jedem Menschen der Gesellschaft erworben werden. Eine Beschränkung für den Kauf von industriellen Erzeugnissen gibt es für die Produktionsmittel, die nur von staatlichen sozialistischen Betrieben und von den Produktivgenossenschaften der Bauern und Handwerker erworben werden können. Soweit der Staat die Genossenschaften, z.B. Kollektivwirtschaften, mit Produktionsmitteln versorgt, bringt der Handel hier Beziehungen mit der sozialistischen Industrie und der Landwirtschaft zum Ausdruck. Der Staat regelt hierbei die Preise und legt die Masse der Produktionsmittel fest, die erworben werden können. Auch die industriellen Massenbedarfsartikel gelangen über den staatlichen Handel von der Stadt zum Dorf. Sie gelangen also auf organisierte Art und Weise zu den Konsumenten.

Umgekehrt gelangt der grösste Teil der von der Landwirtschaft gelieferten Waren auf planmässige Art und Weise über den organisierten Markt zu den Konsumenten.

Neben dem staatlichen Handel hilft der genossenschaftliche Handel, der jetzt nach dem Kriege auf besonderen Beschluss der Regierung eine neue grosszügige Entwicklung erfährt. Im Dorf spielen die Konsumgenossenschaften eine grosse Rolle. Zu Beginn des Jahres 1939 hatten sie über 30 Millionen Mitglieder und verkauften im Jahre 1938 für über 36 Milliarden Rubel Waren, das sind 22 % des gesamten Kleinhandels. Der unorganisierte Markt wird vor allem durch den Kollektiv-Wirtschafts- und Bazarhandel gebildet. Er dient dazu, die Warenzirkulation zwischen Stadt und Land zu erweitern und die Verpflegung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln zu verbessern.

Im Kollektiv-wirtschafts- und Bazarhandel verkaufen die Kollektiv-wirtschaften und -bauern einen Teil ihrer Erzeugnisse nach eigenem Ermessen und zu Preisen, die sie für angemessen halten. Der Staat plant diese Menge der Waren, die auf diesen Markt gelangen, nicht direkt. Auch unterliegen die Preise nicht direkt einer Festsetzung durch den Staat. Sie werden durch ihn nur ökonomisch reguliert. Deshalb bildet dieser Markt den unorganisierten Markt. Die Preise bilden sich also unter dem Einfluss von Angebot und Nachfrage. Frei ist der unorganisierte Handel, weil die Kollektivwirtschaften und die Kollektivbauern frei über ihre Produkte verfügen können, wenn sie ihre Verpflichtungen dem Staate gegenüber erfüllt haben. Sie können ihren Überschuss nach freiem Ermessen an den Staat oder an einzelne Organisationen oder an jeden x-beliebigen Konsumenten verkaufen.

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Artikeldienst - 5 -

Die Kollektivbauern erzeugen auf ihrem persönlichen Land eine grosse Menge an Produkten, die sie nicht für den eigenen Konsum verbrauchen. Mehr als 75 der gesamten Produktion der Landwirtschaft wird auf dem Lande, das sich im persönlichen Besitz der Kollektivbauern befindet, erzeugt. Die Erzeugnisse sind vor allem Gemüse, Kartoffeln, Getreide, Fleisch, Milchprodukte, Geflügel, Eier usw. Alles, was sie auf ihrem persönlichen Eigentum erzeugen, steht ihnen nach ihrem eigenen Ermessen zur Verfügung und kann von ihnen verkauft werden.

Aus dem bisher Geschilderten kann man entnehmen, dass nur unwissende Menschen zu solch entstellenden Behauptungen, wie wir sie eben zitiert haben, kommen können, wenn keine Böswilligkeit vorliegt. Diese Menschen gleichen Kaufleuten, die mit ungeprüften, ungeeichten Gewichten wiegen. Sie sollen nicht von den Vorzügen der Planwirtschaft überzeugt werden, aber Wahrhaftigkeit anderen Völkern gegenüber ist nötig, um unsere eigenen deutschen Verhältnisse richtig abwägen zu können.

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Handel der Marshall-Länder wird zerstört

(PD)

In letzter Zeit sprach man viel in Wirtschafts- und Finanzzei-
tungen über die Einstellung des französisch-schweizerischen Handels-
austausches seit Anrang Mai. Man brachte "technische" Argumente vor
und beschuldigte beide Teile des schlechten Willens. Man sprach so-
gar von einem "kalten Krieg zwischen Frankreich und der Schweiz"
("Les Echos" vom 6. und 10. Mai).

Wer desorganisiert eigentlich die Handelsbeziehungen in Europa?
Wer beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung der westeuropäischen
Nationen? Wer verursacht, unter dem Vorwand, Ordnung im alten Euro-
pa zu schaffen und es wieder aufzubauen, ständige Streitigkeiten?
Das ist die Verwaltung des Marshall-Plans, das sind die Propagan-
disten des "Vereinigten Europa".

Der Fall der französisch-schweizerischen Beziehungen steht nicht
allein da. Auch die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Bel-
gien wurden unterbrochen.

Alle europäischen Länder haben mit den Vereinigten Staaten eine
negative Wirtschaftsbilanz. Jedes Land versucht sein Gleichgewicht
wiederzufinden, indem es seinen Export nach den andern Marshall-
Plan-Ländern verstärkt und gleichzeitig den Import aus diesen Ländern
beschränkt. Das ist aber unmöglich.

Durch das Verbot, die Wirtschaftsbeziehungen zu den osteuropä-
ischen Ländern auszubauen und durch den Versuch, weitgehende wirt-
schaftliche Strukturveränderungen in den Marshall-Plan-Ländern zu
erwirken und Zollschränken zu beseitigen, handeln die amerikanischen
Verwalter in Europa den nationalen Interessen der betreffenden Län-
der zuwider. Sie wollen gewaltsam eine Art Zusammenfassung der von
den USA abhängigen Nationen schaffen, zum Schaden bestimmter natio-
naler Industrien und ohne Rücksicht auf Arbeitslosigkeit und Elend.

Die amerikanische Politik in allen Marshall-Plan-Ländern
wirkt sich gegen die nationalen Interessen dieser Länder aus. Sie
führt zum kalten Wirtschaftskrieg und nicht zu einer wirklichen
internationalen Zusammenarbeit. Die amerikanischen Monopole sind
vor allem an der Entwicklung ihres eigenen Exportes interessiert
und man kann infolgedessen nicht erwarten, dass sie einen Handels-
austausch begünstigen, bei dem sie zumindest teilweise ausgeschlossen
wären.

Die amerikanischen Firmen machen sich auf Märkten breit, die bis-
her uneinnehmbar schienen. Selbst die weltbekannten Schweizer Uhren
entgehen dem nicht. Die amerikanischen Firmen kaufen in der Schweiz
Uhrenteile auf und montieren sie in den Vereinigten Staaten. Die
Schweizer Uhren sind immer mehr "made in USA". Dasselbe gilt für
Präzisionsapparate usw.

(Nach "France Nouvelle" vom 21. Mai)
(D.B.)

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949

Stimmen des Auslandes - 2 -

Der Streik der kanadischen Seeleute
(PD)

"Daily Worker" berichtet: "Der Streik der kanadischen Seemannsgewerkschaft dauert seit 6 Wochen an. Der Grund des Streiks, der 7 000 Seeleute erfasst, ist die Forderung der kanadischen Seemannsgewerkschaft auf Erhöhung der Löhne und des Lebensstandards der kanadischen Seeleute. Seit ihrer Gründung im Jahre 1936 hat diese Gewerkschaft in hartem Kampfe den Monatslohn eines Seemannes von 9 auf 34 Pfund erhöht. Die Arbeitsbedingungen, die mittelalterlich waren, haben sich dank der zähen Arbeit der kanadischen Seemannsgewerkschaft völlig geändert. Qualität der Nahrung, Wohnraum auf dem Schiff, sind durch den Gewerkschaftsvertrag geschützt.

Dies sind Dinge, mit denen die kanadischen Reeder Schluss machen wollen, und der einzige Weg, diesen Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen, ist die Zerschlagung der kanadischen Seemannsgewerkschaft. Die Reeder, die von der kanadischen Regierung unterstützt werden, legen die alte Platte von der "Kommunistischen" Gewerkschaft auf. Diese Koalition von Regierung und Arbeiter hat in der sogenannten "Internationalen Gewerkschaft der Seefahrer" ein williges Werkzeug gefunden. Diese "Gewerkschaft" ist eine amerikanische Organisation, die über keine Mitglieder in Kanada verfügt. Die reaktionäre Führerschaft dieser Scheingewerkschaft, versucht, die kanadischen Reeder mit Streikbrechern zu versorgen und hat ihnen auch versprochen, dass sie die Stelle der rechtmässigen kanadischen Seemannsgewerkschaft einnehmen würde, sobald es gelungen sei, diese zu zerschlagen.

In der kanadischen Arbeiterschaft hat die Tätigkeit der "Gewerkschaft der Seefahrer", die dem amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL angeschlossen ist, grosse Empörung hervorgerufen. Die Organisationen der kanadischen Arbeiterschaft haben es abgelehnt, diese "Gewerkschaft" anzuerkennen.

Charakterlich ist die Solidarität, die die Seeleute aller Länder ihren kanadischen Brüdern gegenüber üben. Dock- und Hafenarbeiter in allen Häfen der Welt weigern sich, Schiffe zu beladen oder zu löschen, deren Mannschaft aus Streikbrechern besteht.

In Kanada hat die kanadische Regierung unerhörte Repressalien ergriffen. Sieben Mitglieder der kanadischen Seemannsgewerkschaft sind ums Leben gekommen, zahlreiche brutal geschlagen, über Hundert verhaftet worden. In ausländischen Häfen sind auf Veranlassung der kanadischen Regierung über 200 Mitglieder der kanadischen Seemannsgewerkschaft verhaftet.

Trotz der Verfolgungen und des Polizeiterrors hält der Streik an. Gestärkt durch die finanzielle und moralische Unterstützung der Arbeiterschaft, ist die kanadische Seemannsgewerkschaft ihres Sieges gewiss.

(G.G.)

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Stimmen des Auslandes. - 3 -

Dorr bei Wladiwostok

(PD)

Auf der Parteitagung des Wladiwostocker Gebietes berichtete die Kollektivbäuerin Kowalenko. Sie hat auf 20 ha = 600 Dz Weizen und auf 6 ha 3 000 Dz Kartoffel geerntet. Die Kollektivwirtschaft Stalin, in der sie arbeitet, hat im vorigen Jahr die Saatfläche um 400 ha, in diesem Frühjahr um weitere 300 ha erweitert. Auf jedes Mitglied der Kollektivwirtschaft kommen gegenwärtig 60 ha Land. Es ist selbstverständlich unmöglich, solche Flächen mit Handarbeit zu bestellen. In der Kollektivwirtschaft wird der grösste Teil der Arbeiten von Maschinen ausgeführt. Im Frühjahr waren 20 Traktoren auf den Feldern beschäftigt. Die Ernte besorgen Mährescher. Das Kraftwerk der Kollektivwirtschaft versorgt die Wohnungen der Bauern mit Licht, die Arbeiten der Viehfarm, der Tischlerwerkstatt und der Schmiede sind elektrifiziert.

Der Gärtner der Kollektivwirtschaft, Belan hat die Meinung, als ob in dieser Gegend Obstbäume nicht gedeihen würden, widerlegt. Im vorigen Jahr haben die Obstbäume der Kollektivwirtschaft einen Reingewinn von 58 000 Rubel gebracht. Äpfel, Birnen, Pflaumen werden an die Mitglieder verteilt und auf den Markt gebracht. Die meisten Bauern haben in ihren Gärten Obstbäume angepflanzt.

Neue Siedler erhalten 15 000 Rubel vom Staat zum Hausbau, die Kollektivwirtschaft gibt neuen Mitgliedern Getreide und Vieh. Die Hälfte der vom Staate zur Verfügung gestellte Summe wird in 10 Jahren zurückerstattet.

Popowka, so heisst das Dorrf der "Stalin"-Kollektivwirtschaft, hat sich grundlegend verändert: aus dem das einst gottverlassene Dorf sind in den letzten 10 Jahren 23 Lehrer, 22 Ärzte, 10 Agronomen, 120 Schofföre, Traktorenführer und andere Facharbeiter hervorgegangen.

(E-n.)

Zur Information
=====

Der Parteitag der KP der Tschechoslowakei an Stalin

(PD)

Dem Telegramm an Stalin, das vom 9. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beschlossen wurde, entnehmen wir:

"Wenn wir die erfreulichen Erfolge unserer Anstrengungen überblicken, so sind wir uns voll auf dessen bewusst, welche unschätzbare Rolle die Sowjetunion in der Geschichte unseres Volkes gespielt hat, wie gross ihr Beitrag zur Erringung unserer Erfolge war.

Die Grosse Sozialistische Oktoberrevolution hat entscheidend zur Befreiung des tschechischen und slowakischen Volkes beigetragen. Unter ihrem Einfluss entstand in den Jahren 1920/21 unsere Partei, die erste wirklich marxistisch-leninistische Partei unserer Arbeiter-

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949

Stimmen des Auslandes - 4 -

klasse. Unsere Partei konnte sich in eine bolschewistische Partei verwandeln und siegen, weil sie nicht nur die Erfahrungen des eigenen revolutionären Kampfes sammelte, sondern auch aus den Erfahrungen der russischen Revolution, aus den reichen Erfahrungen der Avantgarde der internationalen Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) und von Ihnen persönlich lernte.

Wenn wir unter günstigeren Bedingungen zum Sozialismus schreiten, als das sowjetische Volk es konnte, so verdanken wir das nur und ausschliesslich der Sowjetunion, deren heldenmütige Armee auch für uns ihr Blut vergossen hat, die Hitler-Okkupanten vernichtete und aus unserem Lande vertrieb. Die Sowjet-Armee rührte die Befreiung unseres Volkes zu Ende, gab den Völkern der Tschechoslowakei die Möglichkeit, die inneren verhältnisse und das Leben der Republik nach eigenem Willen aufzubauen, sie rettete uns vor der Einmischung der imperialistischen west-Mächte in die weitere Entwicklung unseres volks-demokratischen Staates.

Wir sind uns voll und ganz bewusst, was die Unterstützung der Sowjetunion, ihre grosse materielle Hilfe für unsere Wirtschaft bei unseren Bestrebungen zum Aufbau des Sozialismus, was die mächtige Kraft der Sowjetunion für unsere Sicherheit bedeutet. Die mächtige Sowjetunion schützt unseren Aufbau, schützt uns vor dem Hass der Imperialisten.

Für die werktätigen der ganzen Welt, so auch für uns ist die Sowjetunion die Garantie dafür, dass der Frieden, den wir uns so heiss wünschen, gesichert wird. Wir sind uns voll und ganz bewusst, dass ohne die Sowjetunion, ohne ihre Hilfe und ihren Schutz wir in unserem Lande den Sozialismus nicht errichten könnten.

All dessen sind wir eingedenk heute, wenn wir die Ergebnisse des siegreichen Kampfes unserer Partei zusammenfassen. Wir drücken Ihnen lieber Genosse Stalin, die Gefühle tiefster Dankbarkeit aus, die unser Volk für die Sowjetunion, für Sie persönlich hegt für die Befreiung unserer Heimat und für die grosse Hilfe beim Wiederaufbau der freien und unabhängigen tschechoslowakischen Republik. Auch künftig werden wir, gestützt auf das feste Bündnis mit der Sowjetunion, aus den reichen Erfahrungen des sowjetischen Volkes, das von der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) geführt wird, lernen. Wir werden das brüderliche Bündnis der Völker der Sowjetunion und der Tschechoslowakei festigen und verankern. Wir werden treu Seite an Seite mit der Sowjetunion in den Reihen des internationalen anti-imperialistischen Lagers im Kampf für den Frieden stehen. Wir werden in unserer Partei und im gesamten tschechoslowakischen Volk das Bewusstsein des Internationalismus, die internationale Verbundenheit der Arbeiterklasse und aller werktätigen stärken, die in der einheitlichen sozialistischen Front der Kommunistischen und Arbeiterparteien, unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) vereint sind."

(Prag, 28.5. TASS-Meldung)

(E-n.)

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Aufbau in Vietnam
(PD)

Trotzdem die französische Regierung seit Jahren Krieg gegen die Republik Vietnam führt, wird dort unermüdlich am demokratischen Aufbau gearbeitet. Die folgenden Informationen darüber entnehmen wir der "Humanité" vom 15. Mai.

Die Regierung des Präsidenten Ho Shi Minh kontrolliert 90 % der Fläche von Vietnam mit einer Bevölkerung von 20 Millionen (von insgesamt 22 Millionen) Menschen. Sie ist eine breite Koalition der demokratischen Kräfte, die Bauern, die Arbeiterklasse, intellektuelle und nationale Minderheiten umfasst. Die Organisationen, die die Grundlage der Regierung bilden, zählen ungefähr 5 Millionen Mitglieder, d.h. ein Viertel der Bevölkerung der Republik.

Die Arbeiter haben sich in Gewerkschaften organisiert, die 300 000 Mitglieder zählen und dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen sind. Seit Bestehen der Republik gibt es einen Bund Demokratischer Frauen Vietnams mit 2 Millionen Mitgliedern, der Internationalen Frauenföderation angeschlossen. Mehr als 1 Million Landarbeiter Vietnams gehören dem Bauernbund an. Es besteht außerdem eine Jugendorganisation, ein Studentenbund, Schülerorganisationen und zahlreiche andere Vereine.

Von diesen Organisationen unterstützt hat die demokratische Regierung Vietnams trotz des Krieges eine ganze Anzahl bedeutender sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Reformen durchgeführt.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt die Regierung der Landwirtschaft, die die Grundlage der Wirtschaft Vietnams bildet. Gesetze, die die Pachten verringern und eine Neuverteilung des Bodens anordnen, waren erste Schritte zur Lösung der Bodenfrage. Der gesamte anbaufähige Boden wurde unter die Bauern aufgeteilt. Unter den schwierigen Bedingungen des Krieges kämpfte man gegen Hunger und Wirtschaftschaos, das die fünfjährige Herrschaft der Japaner und der Vichy-Behörden hinterließ. Die Massnahmen, die die Regierung zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik ergriff, trugen dazu bei, den Ernteertrag zu erhöhen. Das Landwirtschaftsministerium hilft den armen Bauern, bewilligt ihnen Kredite, gibt ihnen Zuchtvieh und Dünger. Im Jahre 1947 haben die Getreidefelder des Gebietes von Tongking den Vorkriegsstand erreicht. Die Ernte hat die Durchschnittsernte um 25 % überschritten.

In Cochinchina hat die Aussaatfläche 1948 70% des Vorkriegsstandes erreicht. Die Reisernte betrug 2 500 000 t d.h. genau soviel wie 1937/38. Man kann sagen, dass es jetzt genügend Nahrungsmittel in der Republik Vietnam gibt.

Es sind Massnahmen ergriffen worden, um die Industrieproduktion, Webereien, Schuhindustrie, Papierproduktion usw. zu entwickeln. Eine Währungsreform ist durchgeführt worden. Der vietnamesische Piaster wurde auf der Grundlage der Goldwährung aufgewertet und ist jetzt unabhängig vom französischen Franc. Ende 1948 hat die Regierung eine Anleihe des Widerstands aufgelegt, deren Erfolg die Finanzlage der Republik gerettet hat.

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Bedeutende Erfolge sind auf kulturellem Gebiet zu verzeichnen. Die französischen Kolonialherren hielten das Volk Indochinas in Unwissenheit. Anstatt Schulen bauten sie Gefängnisse und richteten Opiumhöhlen und dergleichen ein. Auf dem Internationalen Frauenkongress berichtete die Delegierte der Frauen Vietnams, dass es 1938 in Indochina 120 300 Weinstuben und 1 703 Opiumhöhlen gab, jedoch nur 4 Mittelschulen.

Welch ungeheure Arbeit ist geleistet worden, um in 3 1/2 Jahren demokratischer Regierung den Prozentsatz der Analphabeten von 85 auf 20 % zu senken! Heute gibt es in Vietnam 2 142 Grundschulen die von 277 000 Kindern besucht werden. Kürzlich wurde eine Rechts fakultät eröffnet. Ferner gibt es 2 medizinische Institute, eine Universität, ein Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft und ein Institut für Literatur. Es werden Ingenieure, Agronomen, Ärzte, Lehrer und andere Spezialisten ausgebildet, die mithelfen, ein demokratisches und unabhängiges Vietnam aufzubauen.

(D.B.)

Pressdienst
(PB)

4. Juni 1949

Zum politischen Bildungsabend
=====

Festigung der demokratischen Ordnung
von Kurt Hager

Auf dem III. Deutschen Volkskongreß erklärte ein Schriftsteller aus Hannover, daß die Kulturschaffenden Westdeutschlands sehnsüchtig durch die "gläserne Mauer" nach der Ostzone schauen.- "Wir wissen - rief er aus -, daß hier in der Ostzone viel mehr für die Intelligenz getan wird als bei uns." Ein junger Delegierter aus Hamburg charakterisierte den vielgepriesenen "goldenen Westen" mit den Worten: "Es ist nicht alles Gold was glänzt." Zugleich betonte auch dieser Delegierte, er sei von der Ostzone angenehm enttäuscht worden. "Hier im Osten wird das Wort Arbeit groß geschrieben. Nur durch die Arbeit seid ihr hier im Osten weitergekommen, und nur durch die Arbeit können auch wir weiterkommen." Der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufstieg der Ostzone ist unbestreitbar.

Entmachtung der antinationalen Kräfte

Dieser Aufstieg wäre unmöglich gewesen ohne bedeutende Veränderungen in Staat und Wirtschaft. "Unterstützt von den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen in der Uniform der Sowjetarmee haben die Antifaschisten den Staatsapparat gesäubert, die Gutsbesitzer verjagt und die Betriebe der Kriegsverbrecher in die eigenen Hände genommen. Die Grundlagen der neuen demokratischen Ordnung wurden geschaffen." (W. Ulbricht auf dem II. Jungaktivistenkongreß) Durch diese Maßnahmen wurden in der Ostzone die reaktionären, antinationalen Kräfte, die in Westdeutschland als Hauptstütze der anglo-amerikanischen Spalter und Kriegshetzer dienen, aus ihren Stellungen in Wirtschaft und Verwaltung entfernt. Die Arbeit der Werktätigen schuf eine demokratische Wirtschaft, die für den Frieden produziert. Wie der sowjetische Außenminister Wyschinskij auf der Pariser Außenministerkonferenz betonte, ist seit der zweiten Hälfte des Jahres 1945 eine Anzahl von Steinkohlengruben, Großkraftwerken und anderen Fabriken gebaut worden. Eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie wurde wiederhergestellt. Dieser Wiederaufbau ging ohne jede Verschuldung vor sich. Während die Auslandsverschuldung Westdeutschlands Ende 1949 rund 8,6 Milliarden Mark betragen wird, dürfte das Aktivsaldo des Budgets der Ostzone in diesem Jahre eine Milliarde Mark überschreiten.

Die Verschuldung Westdeutschlands ist das Ergebnis der zunehmenden Beherrschung von Wirtschaft und Finanzen durch anglo-amerikanische Monopole. Der schuldenfreie Aufstieg der ostdeutschen Wirtschaft dagegen beruht auf dem Ausbau normaler Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern Ost- und Südosteuropas, auf der Heranziehung der inneren Hilfsquellen und auf dem Arbeitsenthusiasmus der Hennecke-Aktivisten. Bei der Entwicklung der Wirtschaft in der Ostzone spielte die großzügige Hilfe der Sowjetunion mit Rohstoffen, Maschinen, Traktoren, Getreide, Kunstdünger usw. eine maßgebende Rolle. Sie ermög-

Pressedienst
(FD)

4. Juni 1949
Zum politischen Bildungsabend - 2 -

lichte es, die infolge der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Mächte entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden.

Steigerung der Arbeitsproduktivität

Mit Recht erklärte jedoch Walter Ulbricht auf dem II. Jungaktivistenkongreß: "Es genügt nicht, die Grundlagen der demokratischen Ordnung zu schaffen, eine neue staatliche Verwaltung zu organisieren, die Betriebe in die Hände des Volkes zu legen. Die größere, schwerere, wichtigere Aufgabe müssen wir jetzt lösen. Sie besteht darin, daß wir in der neuen Ordnung die Arbeitsproduktivität steigern, daß in den Betrieben mehr geleistet wird, damit das Volk besser leben kann." Dank betrieblicher Wettbewerbe und Aktivistenbewegung wurden im ersten Quartal 1949 in vielen Industriezweigen die Ziele des Wirtschaftsplanes überboten. Schon fassen Belegschaften selbständig Beschlüsse zur Erhöhung der Arbeitsnormen und zur Senkung der Selbstkosten. Ingenieure und Techniker leisten wertvolle Beiträge zur Verbesserung des Arbeitsprozesses und zur Ausbildung neuer Fachkräfte. In vielen Verwaltungen werden reaktionäre Gewohnheiten überwunden und neue Arbeitsmethoden entwickelt. Auf dem Dorfe tragen die MAS und volkseigenen Güter dazu bei, die Klein- und Mittelbauernwirtschaften zu stärken und hohe Ernteeinträge vorzubereiten. Auf diese Weise werden nicht nur die demokratischen Errungenschaften der ersten Etappe unseres Aufbaus gesichert, sondern auch die Voraussetzungen für die weitere Verbesserung der materiellen Lage des Volkes geschaffen. Ohne größeren Arbeitsenthusiasmus und mehr Initiative - auch seitens der privaten Unternehmer - kein Aufstieg.

Festigung der demokratischen Ordnung heißt vor allem: weitere Demokratisierung der Verwaltung, Verbesserung der Arbeit der volkseigenen Betriebe, Erhöhung der Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft, Ausbau der MAS und volkseigenen Güter, Verstärkung der fortschrittlichen kulturellen Arbeit.

Eine nationale Aufgabe

Die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte trug Früchte, die heute nicht nur den Werktätigen der Ostzone, sondern ganz Deutschland zugute kommen. Denn sie bewies, daß das deutsche Volk nicht wehrlos den anglo-amerikanischen Monopolen ausgeliefert ist, sondern aus eigener Kraft und demokratischer Initiative einen Ausweg finden kann. Die Wirtschaft der Ostzone ist imstande, große Aufträge an die westdeutschen Betriebe zu vergeben, die von der JELA erdrosselt werden.

Während die imperialistischen Besatzungsmächte und ihre Handlanger im Westen jede freie Entscheidung des deutschen Volkes über Besatzungsstatut oder Friedensvertrag verhindern, konnte sich die Bevölkerung der Ostzone am 15./16. Mai in freier demokratischer Abstimmung für die Einheit Deutschlands, einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen entscheiden. Mit dieser Wahl wahrten die national gesinnten Männer und Frauen der Ostzone das Recht des deutschen Vol-

Pressedienst
(PD)

4. Juni 1949
Zum politischen Bildungsabend - 3 -

kes auf seinen eigenen nationalen Staat. Es entstand die Nationale Front, die sich - wie ein Delegierter aus Westdeutschland auf dem Volkskongreß richtig feststellte-- im Rahmen der demokratischen Ordnung in der Ostzone ungehindert entfalten kann. Die Festigung dieser Ordnung liegt demnach im nationalen Interesse und dient nationalen Zielen.

Die Arbeiterklasse, die am Aufbau der Demokratie in der Ostzone entscheidendsten Anteil hatte, tritt an die Spitze des Kampfes um die Einheit Deutschland nicht zuletzt dadurch, daß sie verantwortungsbewußt für die Festigung dieser Demokratie wirkt. Dies heißt vor allem auch: Verstärkung der Freundschaft mit der Sowjetunion und den volkdemokratischen Staaten durch entschiedensten Kampf gegen alle Außerungen des Nationalismus, insbesondere gegen die zügellose Antisowjet-hetze der Imperialisten. Daß sich das deutsche Volk dadurch die Freundschaft und Hilfe seiner Nachbarvölker für seinen nationalen Kampf sichern kann, unterstrich Kopecky auf dem IX. Parteitag der KP der Tschechoslowakei. Er erklärte, das tschechoslowakische Volk würdige die Arbeit der fortschrittlichen Kräfte und Volksschichten im östlichen Teile Deutschlands, die dagegen kämpfen, daß die gewalttätige und aggressive Macht des deutschen Imperialismus im Dienste des westlichen Imperialismus erneuert wird.